

Nachbarschaftsinitiative NBO

Eine Frankfurter MieterInneninitiative



Presseeinladung

12. Juli 2019 um 13.00 Uhr – Grüne Straße 30 in 60316 Frankfurt am Main

„Mieterinnen der Grünen Straße 30 und Nachbarschaftsinitiative NBO im Gespräch mit Planungsdezernent Mike Josef zur Weiterentwicklung und Wirksamkeit des Mieterschutzes in Milieuschutzgebieten“

In der Grünen Straße 30 in Frankfurt (Ostend) konnten zwei Eigenbedarfskündigungen vor Gericht unter anderem mit Hilfe des dort geltenden Milieuschutzes gestoppt werden. Trotzdem stellt sich die Frage inwieweit der Milieuschutz als tragfähiges Mittel zur Verhinderung von Vertreibung und Gentrifizierung ausreicht, oder ob hier noch Verbesserungspotentiale bestehen und wie diese aussehen. Im angesprochenen Fall konnten die Kündigungen auch dadurch abgeschmettert werden, da die beiden Wohnungen durch die geplante Zusammenlegung mehr als 130qm betragen hätten, was unter Bezugnahme auf die Erhaltungssatzung versagt werden kann. Doch es stellt sich die Frage, ob sich eine Begrenzung auf mehr als 130qm bei Zusammenlegung, überhaupt sinnvoll argumentieren lässt. Denn in Frankfurt sind oft auch Wohnungen von Zusammenlegung betroffen, die nach einem Zusammenschluss weniger als 130qm ergeben.

Eigenbedarfskündigungen stellen großes Risiko für Bestandsmieter*innen dar.

Grundsätzlich gilt, dass jede Eigenbedarfskündigung einer Mietwohnung letztendlich einer Umwandlung gleichkommt, da der Eigentümer in diesem Fall in die Wohnung - im Fall der Grünen Straße sogar in zwei Mietwohnungen - einziehen kann und dadurch die bisherige Mietwohnung faktisch in eine Eigentumswohnung umgewandelt wird.

Gerade in der angespannten Wohnungssituation in Ballungszentren verschärfen sowohl Umwandlungen, als auch Zusammenlegungen von Mietwohnungen die Situation für potentielle Neu- und Bestandsmieter*innen.

„Da mittlerweile Eigenbedarfskündigungen als probates Mittel gelten, um Mieter*innen zu vertreiben, müssen dringend Schutzmechanismen etabliert werden, um diese Praxis einzudämmen“, erläutert Michael Boedecker von der Nachbarschaftsinitiative Nordend, Bornheim, Ostend (NBO).

Desweiteren muss kritisch hinterfragt werden, warum der 5-jährige Eigenbedarfskündigungsschutz zwar beim Kauf von Eigentumswohnungen gilt, aber nicht gelten soll, wenn nach dem Verkauf eines Mehrfamilienhauses der neue Eigentümer Eigenbedarf geltend macht. Außerdem muss die Schutzfrist vor Eigenbedarfskündigungen bei Eigentümerwechsel ausgedehnt werden (Berlin: 10 Jahre). Da während des Wartens auf die bereits in Koalitionsverträgen vereinbarten Verschärfungen des Mietrechts auf Landes- und Bundesebene etliche Mieter*innen ihr zu Hause verlieren, diskutieren am 12. Juli vor der Kulisse der Grünen Straße 30 die betroffenen Mieterinnen, Vertreter*innen der Mieterinitiative NBO und der Planungsdezernenten Mike Josef, wie die Stadt hier zeitnah Entmietungen verhindern kann.

Fortsetzung Seite 2

Nachbarschaftsinitiative NBO

Eine Frankfurter MieterInneninitiative



Milieuschutz 2.0

Was kann die Stadt unternehmen und inwieweit kann sie über eine verschärfte Milieuschutzsatzung inklusive der Abwendungserklärungen hier gestalterisch tätig werden? Neben der willkürlichen Festlegung der 130qm bei Zusammenlegungen, wollen wir auch folgende Schutzinstrumente, die der Stadt bei konsequentem und engagiertem Handeln zur Verfügung stehen, insbesondere im Bezug auf den Milieuschutz diskutieren:

1. Das Vorkaufsrecht der Stadt in Milieuschutzgebieten.
2. Effiziente Abwendungserklärungen, die mindestens den betroffenen Mieter*innen zur Kontrolle der Einhaltung der Vereinbarungen vorgelegt werden und tatsächlichen Schutz für die Mieter*innen beinhalten.
3. Einschränkung der Eigenbedarfskündigungen, damit Selbige nicht – wie zunehmend zu beobachten ist – missbraucht werden, um gleich mehrere Wohnungen zu entmieten und z.B. ein Mehrfamilienhaus zur Stadtvilla umzudeklarieren.
4. Ausdehnung der Milieuschutzgebiete.

Wir freuen uns auf Ihr Kommen und bitten um eine Anmeldung bis spätestens **11. Juli 2019, 15.00 Uhr** unter rita.kroetz@email.de

Pressekontakt:

Mieterinitiative NBO Nordend, Bornheim, Ostend

Rita Krötz

Tel. 0176-48257700

E-Mail: rita.kroetz@email.de

www.nbo-frankfurt-am-main.info

Nachbarschaftsinitiative Nordend Bornheim Ostend (NBO)

Bei der NBO handelt es sich um einen Zusammenschluss von Mieterinnen und Mietern aus dem Frankfurter Nordend, Bornheim, Ostend und weiteren Stadtteilen, die sich seit 2013 gemeinschaftlich gegen Mieterverdrängung, Luxussanierungen, Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen und den Anstieg der Mieten durch Modernisierungen einsetzen.

Seit ihrer Gründung trifft sich die Gruppe jeden Montag um 18.00 Uhr in den Räumlichkeiten der AWO in der Eichwaldstraße 71.

Bei diesen offenen Terminen ist jeder Betroffene und Interessierte herzlich willkommen.

Bei jedem Treffen werden aktuelle Fälle und Themen diskutiert, Betroffene erhalten Unterstützung und Rat, bekommen Tipps für professionelle Rechtsberatung, die wir nicht bieten dürfen.

Dafür können wir Betroffenen den Rücken stärken, indem Mitglieder der NBO bei Bedarf bei Terminen mit Vermieter*innen, Behörden oder Treffen der Hausgemeinschaft anwesend sind und unterstützen.

Wir treffen uns jeden Montag um 18 Uhr im AWO-Pavillon Burgblock Eichwaldstraße 71, Ecke Burgstraße / Informationsaustausch, Hilfe zur Selbsthilfe, Engagement für eine soziale und solidarische Wohnungspolitik / nachbarschaftsinitiativeNBO@yahoo.de / www.nbo-frankfurt-am-main.info